



MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

54. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 2. November 2001

Nummer 65

Inhalt

II.

Veröffentlichungen, die **nicht** in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NRW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
	Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport	
18. 9. 2001	Bek. – Lagebericht und Jahresabschluss der Wohnungsbauförderungsanstalt Nordrhein-Westfalen – Anstalt der Westdeutschen Landesbank Girozentrale –	1296

Wichtiger Hinweis für die Bezieher des Gesetz- und Verordnungsblattes und des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Die seit dem 1. 7. 1994 unverändert gebliebenen Preise müssen wir aufgrund der allgemeinen Kostensteigerungen nun leider erhöhen.

Ab 1. Januar 2002 werden folgende Bezugspreise **pro Kalenderjahr** berechnet:

Gesetz- und Verordnungsblatt	67,- Euro
Sammlung des bereinigten Gesetz- und Verordnungsblattes (SGV. NRW.)	81,- Euro
Ministerialblatt	115,- Euro
Sammlung des bereinigten Ministerialblattes (SMBL. NRW.)	140,- Euro

II.

**Ministerium für Städtebau und Wohnen,
Kultur und Sport****Lagebericht und Jahresabschluss
der Wohnungsbauförderungsanstalt
Nordrhein-Westfalen
– Anstalt der Westdeutschen Landesbank
Girozentrale –**

Bek. d. Ministerium für Städtebau und Wohnen,
Kultur und Sport v. 18. 9. 2001 –
IV B 2 – 4109.32 – 1520/01

**Lagebericht
Geschäftsverlauf**

Die allgemeine konjunkturelle Erholung hat sich im Jahr 2000 fortgesetzt. Die Prognosen für das Jahr 2001 gehen von einer gleichbleibenden Entwicklung aus.

Die Kapitalmarktzinssätze haben sich im Geschäftsjahr bei abnehmender Schwankungsbreite kaum verändert. Nach wie vor bestehen für den Wohnungsbausektor günstige Rahmenbedingungen wie z. B. Zinsen und Baupreise.

Trotzdem zeigen aktuelle Zahlen des Jahres 2000 auch für Nordrhein-Westfalen eine Trendwende im Wohnungsbau auf, nachdem 1999 entgegen dem Bundestrend noch eine leicht steigende Tendenz zu verzeichnen war.

Die Baugenehmigungszahlen gingen sowohl im Geschosswohnungs- als auch im Ein- und Zweifamilienhausbau deutlich zurück. Dieser zyklische Abschwung ist unter anderem Folge der entspannten Wohnungsmarktlage, die sich auch im Förderergebnis 2000 widerspiegelt.

Die veranschlagten Mittel des Wohnungsbauprogramms wurden im Jahr 2000 mit 759 Mio € zu 66% (1999: 968 Mio € zu 75%) abgerufen. Diese Verringerung entspricht den allgemein niedrigeren Investitionen in den Wohnungsbau.

Der Bau von Sozialmietwohnungen konnte – trotz des weiteren Einbruchs im Bereich des Geschosswohnungsbaus – mit 63% der angesetzten Mittel gefördert werden. Während die im 1. Förderweg und aus den Mitteln der Ausgleichszahlung geförderten Wohnungen deutlich unter dem Programmansatz blieben, wurden die Mittel im 2. Förderweg zu über 80% abgerufen. Im Jahr 2000 wurden erstmalig knapp 200 Eigentumsmaßnahmen mehr als Mietwohnungen gefördert. Allerdings belegen aktuelle Genehmigungszahlen, dass auch in diesem Bereich die Investitionstätigkeit nachlässt. Der Programmansatz für dieses Segment wurde 2000 zu 57% ausgeschöpft. Damit wurden knapp 6% weniger Eigenheime/Eigentumswohnungen gefördert als im Vorjahr.

Die Bedeutung von Maßnahmen zur Modernisierung und Energieeinsparung im Bestand wird durch das hohe Förderergebnis in diesem Jahr unterstrichen. Der Programmansatz wurde leicht überschritten, während er noch 1999 um 15% verfehlt wurde. Damit konnten die Wohnqualität und der Energieverbrauch von rund 21.000 Wohnungen verbessert werden. Dies entspricht gegenüber dem letzten Jahr einem Plus von 22%.

Vor diesem Hintergrund haben sich die Auszahlungen von Förderkrediten gegenüber dem Vorjahr mit 0,1 Mrd € leicht und die noch bestehenden Auszahlungsverpflichtungen mit 0,5 Mrd € deutlich verringert.

Der Trend einer steigenden Anzahl der von Sanierungs- und Insolvenzmaßnahmen betroffenen Kreditengagements hat sich insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2000 weiter fortgesetzt. Dies spiegelt sich in einem Anstieg des Sanierungsvolumens um 61,8% auf 403,7 Mio € wider.

Organisatorisch war das Geschäftsjahr von zwei wesentlichen Vorgängen geprägt:

Zum einen konnte die Einführung eines neu entwickelten Dialogsystems zur Verwaltung des gesamten Darlehensbestandes erfolgreich abgeschlossen werden. Gleichzeitig reagierte die Wfa auf die wachsenden informationstechnischen Anforderungen mit einer Neuausrichtung und Optimierung ihrer IT-Organisation. Dazu wurden bisher verteilte Zuständigkeiten in einem umfassenden Informationsmanagement gebündelt.

Die Vorbereitungen auf den zum 1. 1. 2002 anstehenden Währungswechsel auf den Euro wurden und werden konsequent fortgesetzt; sie verlaufen planmäßig.

Vermögens- und Finanzlage

Die Entwicklung der Bilanzsumme im Jahr 2000 von 22,6 Mrd € auf 22,9 Mrd € wurde ausschließlich durch ein Wachstum der Kundenforderungen auf 21,4 Mrd € getragen.

Den Darlehensauszahlungen von 1,2 Mrd € standen Tilgungen von 0,8 Mrd € gegenüber. In den Tilgungen sind mit 0,5 Mrd € außerplanmäßige Tilgungen sowie Ablösungen und Kapitalnachlässe enthalten.

Zur Finanzierung des gestiegenen Forderungsbestandes wurden neben den Rückflüssen aus den Darlehensbeständen vor allem Haushaltsmittelzuweisungen des Landes eingesetzt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden blieben mit 3,5 Mrd € gegenüber dem Vorjahr konstant. Lang- und mittelfristige Kreditaufnahmen in Höhe von 0,4 Mrd € dienten der Anschlussfinanzierung fälliger Kredite.

Insgesamt waren im Berichtsjahr alle langfristig gebundenen Mittel auch langfristig durch Eigenkapital und zinslose wie verzinsliche langfristige Fremdmittel finanziert.

Die Zahlungsbereitschaft war jederzeit gegeben und ist auf Basis der Finanzplanung auch für das Jahr 2001 gesichert.

Ertragslage

Das Zins- und Provisionsergebnis hat sich im Jahr 2000 um 6,1 Mio € auf 149,8 Mio € erhöht. Während sich die Zinserträge durch die Tilgung verzinslicher und gleichzeitiger Vergabe neuer, zunächst zinsloser Förderkredite leicht rückläufig entwickelten, profitierte die Wfa von ihrer bereits in den Vorjahren praktizierten Strategie, das niedrige Marktzinsniveau durch Umschichtung der langfristigen Fremdfinanzierungsmittel zinsaufwandsmindernd zu nutzen.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen stiegen 2000 insgesamt um 0,7 Mio € auf 61,8 Mio € an. Eine insbesondere durch die Euro-Umstellung verursachte Erhöhung der anderen Verwaltungsaufwendungen wurde durch rückläufige Personalaufwendungen teilweise kompensiert.

Das Risiko- und Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft erhöhte sich um 12,8 Mio € auf 25,2 Mio €. Den vermehrt aufgetretenen akuten Risiken der Wfa wurde durch Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Zur Deckung latenter Risiken bestehen Pauschalwertberichtigungen.

Der im Vorjahr deutlich höhere Ausweis sonstiger betrieblicher Erträge resultierte aus außerordentlichen Vorgängen.

Insgesamt wurde im Berichtsjahr ein Jahresüberschuss von 67,1 Mio € erwirtschaftet und in voller Höhe dem Landeswohnungsbauvermögen zugeführt.

Vorgänge von besonderer Bedeutung

Nach Schluss des Geschäftsjahres 2000 sind Vorgänge von besonderer Bedeutung nicht eingetreten.

Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Wfa vergibt und verwaltet aufgrund eines gesetzlichen Auftrages Wohnungsbaukredite mit grundpfandrechtlicher Besicherung. Sie unterstützt das Land NRW bei der Umsetzung der Wohnungsbauprogramme. Diese Tatsache und die soliden wirtschaftlichen Verhältnisse der Wfa sichern ihren Fortbestand.

Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Wfa haben können, sind aus derzeitiger Sicht nicht feststellbar. Bereits erkennbaren Risiken wurde in ausreichendem Umfang Rechnung getragen.

Infolge kongruenter Finanzierung und einer niedrigen Fremdfinanzierungsrate bestehen auch keine nennenswerten Zinsänderungsrisiken. Zudem kann ein negativer Zinssaldo aufgrund der vom Land Nordrhein-Westfalen zugesagten Zinserstattung gemäß § 21 Abs. 4 Wohnungsbauförderungsgesetz nicht entstehen.

Eine moderate Bevölkerungsentwicklung und konstante Fertigstellungszahlen der letzten Jahre haben in Nordrhein-Westfalen zu einer weitgehend entspannten Wohnungslage geführt. Wie die Wohnungsmarktbeobachtung der Wfa ermittelt hat, hat dieser entspannte Markt auch zu zunehmenden Leerständen geführt, die allerdings nur in Einzelfällen eine problematische Größenordnung annehmen. Betroffen von Leerständen sind in erster Linie Wohnungen, die entweder von ihrer Ausstattung nicht den heutigen Standards entsprechen oder deren Lage gravierende Nachteile aufweist. Als problematisch erweisen sich auch hochverdichtete Wohnungsbestände, die eine hohe Fluktuation und eine sozial instabile Mieterstruktur aufweisen.

In diesen Beständen ist nach wie vor aus Sicht der privaten Investoren und der Wohnungsunternehmen die Gefahr groß, Gewinneinbußen hinnehmen zu müssen. Dies kann langfristig zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen. Daher lassen sich für die Wfa, die an der Finanzierung wesentlicher Bestände beteiligt war, auf Dauer zusätzliche Risiken nicht ausschließen, solange es nicht durch geeignete und gemeinsame Maßnahmen von Politik, Land, Kommunen und Investoren gelingt, die betroffenen Wohnungsbestände wieder marktfähig zu machen. Darüber hinaus zeichnet sich ab, dass auch aus Betätigungen der Kreditnehmer außerhalb Nordrhein-Westfalens und auch aus anderen als wohnungswirtschaftlichen Tätigkeiten zusätzliche Risiken für den Forderungsbestand der Wfa ausgehen.

Die Bundesregierung strebt die Ablösung des II. Wohnungsbaugesetzes durch ein neu konzipiertes Wohnraumförderungsgesetz an. Die im derzeit vorliegenden Entwurf dieses Gesetzes enthaltenen Regelungsansätze werden Auswirkungen auf die Fördersystematik und Fördermodellvarianten der Länder haben und damit

auch das Geschäft der Wfa beeinflussen. Im derzeitigen Stadium sind die konkreten Auswirkungen jedoch noch nicht hinreichend ableitbar. Zusammen mit der Landesregierung wird der Gesetzgebungsprozess zeitnah begleitet, um Risiken und Chancen frühzeitig zu erkennen und ein rechtzeitiges Reagieren zu gewährleisten.

Die in der derzeitigen Diskussion befindliche Neustrukturierung der Westdeutschen Landesbank Girozentrale wird – soweit heute absehbar – für das Geschäft und die Organisation der Wfa keine nennenswerten Konsequenzen haben.

Die Wfa baut ihr bestehendes Risikomanagement in einem kontinuierlichen Prozess ständig weiter aus. Es umfasst alle Unternehmensbereiche und Risikofelder. Neben dem Einsatz klassischer Internal Control- und Controlling-Systeme liegt der Schwerpunkt in der Entwicklung und Verfeinerung von Indikatoren, die eine Früherkennung von Risiken ermöglichen. Den Aufsichtsgremien wird regelmäßig über die wichtigsten Bereiche und Entwicklungen der Wfa berichtet.

Voraussichtliche Entwicklung

Das für das Geschäft der Wfa maßgebliche Wohnungsbauprogramm des Landes sieht für 2001 die Förderung von insgesamt 15.000 Wohnungen mit einem Aufwand von 0,85 Mrd € vor. Damit hat sich zum einen das Fördervolumen gegenüber dem Vorjahr reduziert, zum anderen wird der Anteil der Eigentumsmaßnahmen gegenüber den Sozialmietwohnungen weiter anwachsen. Diese Vorgaben entsprechen der aktuell weiter nachlassenden Baukonjunktur und dem hohen Anteil der Eigenheime an der aktuellen Bautätigkeit.

Die Förderung von Miet- und Genossenschaftswohnungen im 2. Förderweg entfällt nach den Förderbestimmungen für das Jahr 2001 und wird durch eine vereinbarte Förderung im 3. Förderweg ersetzt. Auch der Ausbau und die Erweiterung von Miet- und Genossenschaftswohnungen können in Zukunft im Rahmen der vereinbarten Förderung gefördert werden. Die günstigen Förderbestimmungen für den Bereich der Eigentumsmaßnahmen bleiben unverändert erhalten.

Die Richtlinien für die Modernisierungsförderung werden derzeit überarbeitet und treten erst im April 2001 in Kraft. Das Fördervolumen verbleibt in diesem Bereich mit 175,6 Mio € auf dem hohen Niveau des Vorjahres. Das bisher eigenständige Energiesparprogramm entfällt zum 31. März 2001, da das neue KfW-CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der gleichen Zielsetzung dient.

Nach dem derzeitigen Stand der Planungen geht die Wfa für 2001 von einem weiteren Anstieg des Förderungsbestandes und des Landeswohnungsbauvermögens sowie einem gegenüber dem Vorjahr leicht verbesserten Jahresergebnis aus.

Wfa Jahresbilanz zum 31. Dezember 2000

Aktivseite

	€	€	€	1999 T€
1. Barreserve				
a) Kassenbestand			4.058,12	6
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			—	—
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank	—			(—)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			—	—
				6
2. Forderungen an Kreditinstitute				
a) Hypothekendarlehen			949.958,92	964
b) Kommunalkredite			3.728.431,31	4.603
c) andere Forderungen			181.896.859,01	188.631
darunter:				
täglich fällig	181.900.465,—			(188.605)
gegen Beleihung von Wertpapieren	—			(—)
				194.198
3. Forderungen an Kunden				
a) Hypothekendarlehen			20.103.211.719,58	19.722.418
b) Kommunalkredite			1.256.638.054,49	1.244.711
c) andere Forderungen			24.419.594,29	28.255
darunter:				
gegen Beleihung von Wertpapieren	—			(—)
				20.995.385
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten			—	—
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	—			(—)
ab) von anderen Emittenten			—	—
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	—			(—)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten			—	—
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	—			(—)
bb) von anderen Emittenten		1.080.902,98	1.080.902,98	1.604
darunter:				1.604
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	849.281,38			(849)
c) eigene Schuldverschreibungen			—	—
Nennbetrag:	—			(—)
				1.604
			Übertrag:	21.191.193

[illegible]

Aktivseite

	€	€	1999 T€
		Übertrag:	21.191.193
5. Treuhandvermögen			1.396.692
darunter:			
Treuhandkredite	1.319.324.149,34		(1.396.692)
6. Sachanlagen			1.450
7. Sonstige Vermögensgegenstände			7.664
8. Rechnungsabgrenzungsposten			
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		25.171,13	38
b) andere		5.511.673,30	—
			38
Summe der Aktiva			22.597.037

Passivseite

	€	€	€	€	1999 T€
			Übertrag:	17.536.221.003,34	5.060.866
7. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital und Landeswohnungsbauvermögen			17.832.274.542,91		17.463.575
b) Kapitalrücklage			—		—
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage			—		—
cb) Rücklage für eigene Anteile			—		—
cc) satzungsmäßige Rücklage		5.112.918,81			5.113
cd) andere Gewinnrücklagen		67.482.197,19			67.482
			72.595.116,—		72.595
d) Bilanzgewinn			—		—
				17.536.221.003,34	17.536.171
Summe der Passiva				22.597.037,24	22.597.037
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weiter- gegebenen abgerechneten Wechseln			—		—
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			93.653.799,89		114.200
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			—		—
				93.653.799,89	114.200
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			—		—
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen					
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		2.293.281.715,67			2.767.130
				2.293.281.715,67	2.767.130

Wfa Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom

Aufwendungen

	€	€	1999 T€
1. Zinsaufwendungen			169.633
2. Provisionsaufwendungen			2.061
3. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter	24.325.051,72		24.273
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Alters- versorgung	14.404.094,73		15.986
	€ 11.335.832,65	38.729.146,45	40.259 (13.031)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		23.119.752,97	20.884 61.143
4. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			631
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen			221
6. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			12.357
7. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 5 ausgewiesen			4
8. Jahresüberschuss			89.582
Summe der Aufwendungen			335.632
1. Jahresüberschuss			89.582
2. Zuführung an das Landeswohnungsbauvermögen			- 89.582

1. Januar bis 31. Dezember 2000

Erträge

	€	€	1999 T€
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	294.660.029,66		305.850
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	113.926,62		217
		294.773.956,28	306.067
2. Zinserstattung durch das Land Nordrhein-Westfalen			-
3. Provisionserträge		8.405.099,33	9.360
4. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			-
5. Sonstige betriebliche Erträge		5.243.554,58	20.205

Anhang zum 31. Dezember 2000

Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss und zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aufstellung des Jahresabschlusses	Die Aufstellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2000 erfolgte nach den Vorschriften des HGB sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute vom 11. 12. 1998.
Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung	Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht dem für Realkreditinstitute vorgeschriebenen Formblatt mit bestimmten, durch landesrechtliche Vorschriften bedingten Erweiterungen.
Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	Forderungen sind grundsätzlich mit ihrem Restkapital ausgewiesen. Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert; zugehörige Disagien sind als Rechnungsabgrenzungsposten erfasst. Im Hinblick auf die im Wesentlichen kongruente Finanzierung durch das Sonderkapital Landeswohnungsbauvermögen sind die überwiegend un- und unterverzinslichen Förderkredite gegenüber Kunden und Kreditinstituten wie in den Vorjahren zu Nominalwerten bewertet. Die im Jahr 1998 vom Land erworbenen Forderungen wurden zu Barwerten in Ansatz gebracht. Akuten Ausfallrisiken im Kreditgeschäft und bei sonstigen Vermögensgegenständen wurde durch ausreichend bemessene Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Zur Abdeckung latenter Risiken wurden Pauschalwertberichtigungen gebildet, die auch das besondere Risiko bei nachrangigen Förderdarlehen berücksichtigen. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen wurden aktivisch abgesetzt. Uneinbringliche Forderungen wurden abgeschrieben. Die Bewertung des Wertpapierbestandes erfolgte nach dem strengen Niederstwertprinzip unter Beibehaltung der niedrigeren Vorjahreswerte. Sachanlagen wurden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Die Wahl der Abschreibungssätze erfolgte in Anlehnung an die jeweils steuerrechtlich anerkannte Nutzungsdauer des Gegenstandes. Geringwertige Anlagegegenstände wurden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben. Die Bewertung der im Hypothekengeschäft übernommenen Grundstücke und Gebäude erfolgte nach den für Umlaufvermögen geltenden Vorschriften. Ein Objekt wurde, da es länger als 5 Jahre im Bestand war, im Vorjahr in die Sachanlagen umgegliedert und analog bewertet. Die Bemessung der Pensionsrückstellungen und der Rückstellungen für Vorruhestandszahlungen basieren auf versicherungsmathematischen Gutachten, die unter Anwendung des Teilwertverfahrens und eines Rechnungszinsfußes von 6% erstellt wurden. Die übrigen unter anderen Rückstellungen ausgewiesenen Posten berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und sind ausreichend bemessen. Dem Ausweis der Bürgschaftsverpflichtungen liegen im Jahr 2000 zugegangene Obligomeldungen der Gläubiger verbürgter Darlehen zugrunde. Tilgungen bis zum Bilanzstichtag wurden rechnerisch ermittelt und vom Ausweis abgesetzt.

Gliederung bestimmter Forderungen und Verbindlichkeiten nach ihrer Restlaufzeit

Bilanzposten	Restlaufzeiten von			
	bis drei Monaten	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	T€	T€	T€	T€
Forderungen an Kreditinstitute				
a) Hypothekendarlehen	–	14	68	868
b) Kommunalkredite	264	210	354	2.900
c) andere Forderungen	181.897	–	–	–
	182.161	224	422	3.768
Forderungen an Kunden				
a) Hypothekendarlehen	77.259	317.010	1.365.501	18.343.441
b) Kommunalkredite	9.939	20.951	88.819	1.136.959
c) andere Forderungen	927	969	3.592	18.932
	88.125	338.930	1.457.912	19.499.332
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
bb) von anderen Emittenten	24	–	179	878
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
c) andere Verbindlichkeiten	394.168	99.702	1.457.215	1.503.151
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
d) andere Verbindlichkeiten	49.216	107	46.285	32.194

In den Forderungen an Kunden sind keine Kredite mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Erläuterungen zur Bilanz

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden Der unter den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden ausgewiesene Bestand an Förderdarlehen vor Berücksichtigung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 440,1 Mio € erhöht. Den Zugängen in Höhe von insgesamt 1.211,9 Mio € stehen Abgänge in Höhe von 771,8 Mio € gegenüber.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere Im Bestand an festverzinslichen Wertpapieren der Wfa befinden sich ausschließlich börsennotierte Wertpapiere der Liquiditätsreserve.

Treuhandvermögen Die unter Treuhandvermögen aktivierten Vermögensgegenstände stellen sich in der Aufgliederung nach Bilanzposten wie folgt dar:

Forderungen an Kreditinstitute	T€	T€
a) Hypothekendarlehen	138	
b) Kommunalkredite	–	
c) andere Forderungen	26.849	26.987
Forderungen an Kunden		
a) Hypothekendarlehen	1.277.962	
b) Kommunalkredite	6.105	
c) andere Forderungen	8.193	1.292.260
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
bb) von anderen Emittenten	77	77
Treuhandvermögen gesamt		1.319.324

Sachanlagen

Das Sachanlagevermögen entwickelte sich wie folgt:

	Anschaffungs- und Herstellungskosten T€	Zugang T€	Abgang T€	Bruttowerte 31. 12. 2000 T€	kumulierte Abschreibung T€	Abschreibung lfd. Jahr T€	Buchwert 31. 12. 2000 T€
Grundstücke und Gebäude	154	1	- 121	34	- 2	- 3	32
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.935	131	- 101	2.965	- 2.178	- 620	787
	3.089	132	- 222	2.999	- 2.180	- 623	819

Sonstige Vermögensgegenstände

Unter sonstigen Vermögensgegenständen werden mit 2,5 Mio € im Hypothekengeschäft zur Vermeidung von Kreditverlusten übernommene Grundstücke und Gebäude ausgewiesen. Der Bestand erhöhte sich nach Zugängen von 17 Objekten und Abgängen von 11 Objekten auf 21 Objekte.

Rechnungsabgrenzungsposten

Bei den hier ausgewiesenen Beträgen handelt es sich um Disagien aus aufgenommenen Schuldscheindarlehen sowie im Voraus gezahlte Entgelte für Softwarenutzung.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden

Die gegenüber Kreditinstituten und Kunden bestehenden Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen Schuldscheindarlehen und schuldscheinlose Darlehen nebst anteiliger Zinsen zur Finanzierung von Auszahlungen der Förderkredite sowie Tagesgeldaufnahmen zur kurzfristigen Liquiditätsversorgung.

Treuhandverbindlichkeiten

Die unter Treuhandverbindlichkeiten passivierten Verpflichtungen stellen sich in der Aufgliederung nach Bilanzposten wie folgt dar:

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	T€
c) andere Verbindlichkeiten	214.105
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	
d) andere Verbindlichkeiten	36.615
Rückstellungen	
c) andere Rückstellungen	-
Bundestreuhandvermögen	1.068.604
Treuhandverbindlichkeiten insgesamt	1.319.324

Sonstige Verbindlichkeiten

Der Ausweis enthält im Wesentlichen mit 1,1 Mio € Verbindlichkeiten gegenüber Bewilligungsbehörden.

Rückstellungen

In den anderen Rückstellungen ist eine nach § 20 Wohnungsbauförderungsgesetz zu bildende Bürgschaftssicherungsrückstellung von 5 Mio € enthalten. Sie ist in Höhe von 5% auf den um Bürgschaften, für die wegen zu erwartender Bürgschaftsinanspruchnahme Einzelrückstellungen gebildet wurden, geminderten Bürgschaftsbestand gebildet.

Gezeichnetes Kapital und Landeswohnungsbauvermögen

Im Ausweis ist unverändert gegenüber dem Vorjahr ein Grundkapital von 51.129.188,12 € enthalten.

Das mit 17.781.145.354,79 € ausgewiesene Landeswohnungsbauvermögen gehört gemäß § 16 Wohnungsbauförderungsgesetz neben dem Grundkapital und den Rücklagen zum Vermögen der Wohnungsbauförderungsanstalt.

Nach § 21 Abs. 4 Wohnungsbauförderungsgesetz ist die Aufnahme von Darlehen nur zulässig, soweit die hierfür zu entrichtenden Zinsen die Zinseinnahmen der Wohnungsbauförderungsanstalt nicht übersteigen, es sei denn, dass sie für den übersteigenden Betrag Haushaltsmittel vom Land erhält. Zuschüsse dürfen nur gewährt werden, soweit die Wohnungsbauförderungsanstalt Haushaltsmittel vom Land erhält.

Mit dieser Regelung wird gewährleistet, dass das Landeswohnungsbauvermögen für die Förderung des Wohnungswesens uneingeschränkt erhalten bleibt.

Das Landeswohnungsbauvermögen nahm im Berichtsjahr folgende Entwicklung:

	T€	T€
Bestand am 1. 1. 2000		17.412.447
– Haushaltsmittelzuweisungen	379.585	
– Zuführung des Überschusses der Erträge über die Aufwendungen	67.061	
– Sonstige Zugänge	7.392	
Gesamtzugänge		454.038
– Zuschussgewährung an Dritte	734	
– Kapitalnachlässe und sonstige Abgänge	84.606	
Gesamtabgänge		85.340
Bestand am 31. 12. 2000		17.781.145

Als unwiderrufliche Kreditzusagen werden die gesamten Auszahlungsverpflichtungen der Wfa ausgewiesen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zinsaufwendungen	Unter Zinsaufwendungen werden mit 147 Mio € hauptsächlich Zinsen für aufgenommene langfristige Schuldscheindarlehen sowie schuldscheinlose Darlehen ausgewiesen.
Provisionsaufwendungen	Diese Position beinhaltet zu leistende Verwaltungskostenbeiträge an die örtlichen Bewilligungsbehörden für die Durchführung der Bestands- und Besetzungskontrolle der öffentlich geförderten Wohnungen.
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften enthalten mit 177 Mio € Zinserträge und mit 114 Mio € laufende Verwaltungskostenbeiträge aus dem langfristigen Fördergeschäft.
Provisionserträge	Unter den Provisionserträgen werden mit 5 Mio € einmalige Verwaltungskostenbeiträge aus dem Darlehensgeschäft, Kostenerstattungen sowie Bürgschaftsgebühren ausgewiesen. Darüber hinaus sind im Ausweis Erträge von 3 Mio € aus der treuhänderischen Verwaltung von Darlehen und Zuschüssen enthalten.
Sonstige betriebliche Erträge	Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen im Wesentlichen mit 3,5 Mio € Ausgleichszahlungen und Geldleistungen aufgrund nicht zweckgerechter Nutzung geförderter Wohnungen.

Ergebnisverwendung

Zuführung an das Landeswohnungsbauvermögen	Aufgrund gesetzlicher und satzungsgemäßer Bestimmungen wurde der Jahresüberschuss dem Landeswohnungsbauvermögen der Wohnungsbauförderungsanstalt zugeführt, sodass sich ein Bilanzgewinn nicht ergibt.
--	--

Sonstige Angaben

Kreditgewährungen an Mitglieder des Verwaltungsrates	Die an Mitglieder des Verwaltungsrates insgesamt gewährten Kredite betrugen zum Bilanzstichtag 7,9 Mio €.
Personalbestand	Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden im Jahresdurchschnitt 443 Mitarbeiter/-innen – ohne Aushilfen – beschäftigt; davon 196 weibliche und 247 männliche Mitarbeiter.

Organe der Westdeutschen Landesbank Girozentrale

Gewährträgersversammlung	Georg Wilhelm Adamowitsch Staatssekretär Chef der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen Düsseldorf
	Dr. Günter Berg Ministerialdirigent Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen Düsseldorf

Dr. Norbert Emmerich
Vorsitzender des Vorstandes Sparkasse Münster
Münster
– ab 1. 10. 2000

Ingeborg Friebe
Landtagspräsidentin a. D.
Monheim
– bis 10. 4. 2000

Dieter Gebhard
Vorsitzender der SPD-Fraktion
Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe
Gelsenkirchen

Dr. Thomas Griese
Staatssekretär
Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucher-
schutz des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Rudolf-Heib
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Gelsenkirchen
Gelsenkirchen
– bis 30. 9. 2000

Friedrich Wilhelm Held
Ministerialdirigent
Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
– ab 1. 3. 2000

Jörg Hennerkes
Staatssekretär
Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr des Landes
Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Dr. Walter Hostert
Lüdenscheid
– bis 13. 1. 2000

Franz-Josef Leikop
Landrat
Hochsauerlandkreis
Meschede
– ab 23. 2. 2000

Bernd Kiesow
Leitender Ministerialrat
Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Dr. Wolfgang Kirsch
Landrat
Vorsitzender der CDU-Fraktion
Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe
Warendorf
– ab 13. 1. 2000

Michael Kranz
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Bonn
Bonn
– ab 10. 4. 2000

Josef Krings
Altoberbürgermeister
Duisburg
– bis 10. 4. 2000

Manfred Morgenstern
Staatssekretär
Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes
Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Cornelia Prüfer-Storcks
Staatssekretärin
Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nord-
rhein-Westfalen
Düsseldorf

Wolfgang Riotte
Staatssekretär
Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
– bis 29. 2. 2000

Winfried Schittges, MdL
Vorsitzender
Landschaftsversammlung Rheinland
Krefeld
– ab 1. 1. 2000

Paul-Gerhard Schmitz
Bürgermeister
Stadt Gummersbach
Gummersbach
– ab 10. 4. 2000

Eckhard Schwerhoff
Bürgermeister
Stadt Gladbeck
Gladbeck
– ab 23. 2. 2000

Harry Voigtsberger
Vorsitzender der SPD-Fraktion
Landschaftsversammlung Rheinland
Aachen

Dr. Hans-Christian Vollert
Landrat
Kreis Viersen
Viersen

Gerhard Wattenberg
Landrat a. D.
Vlotho
– bis 23. 2. 2000

Marianne Wendzinski
Erste stellvertretende Oberbürgermeisterin
Stadt Dortmund
Dortmund
– bis 23. 2. 2000

Verwaltungsrat

Vorsitzender und
stellvertretende Vorsitzende

Dr. Karlheinz Bentele
Präsident
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband Düsseldorf
Vorsitzender

Heinz Schleußer
Staatsminister a. D.
Düsseldorf
Stellvertretender Vorsitzender
– bis 22. 2. 2000
(verstorben am 12. 7. 2000)

Peer Steinbrück
Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
Stellvertretender Vorsitzender
– ab 22. 2. 2000

Ernst Schwanhold
Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr des
Landes Nordrhein-Westfalen
Stellvertretender Vorsitzender
– ab 22. 2. 2000

Ferdinand Esser
Landesdirektor
Landschaftsverband Rheinland
Köln
Stellvertretender Vorsitzender

Wolfgang Schäfer
Landesdirektor
Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Münster
Stellvertretender Vorsitzender

Von Gewährträgern
entsandte Mitglieder

Dr. Rolf Gerlach
Präsident
Westfälisch-Lippischer Sparkassen- und Giroverband
Münster
Stellvertretender Vorsitzender

Joachim Barbonus
Stadtdirektor i. R.
Bochum
– bis 13. 1. 2000

Rolf Brunswig
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Siegen
Siegen

Michael Geuenich
Köln
– bis 27. 11. 2000

Prof. Dr. Manfred Dammeyer
Staatsminister a. D.
Düsseldorf
– bis 6. 6. 2000

Walter Haas
Vorsitzender
DGB-Landesbezirk NRW
Düsseldorf
– ab 27. 11. 2000

Paul Heidrich
Vorsitzender der CDU-Fraktion
Landschaftsversammlung Rheinland
Mülheim an der Ruhr
– ab 1. 1. 2000

Heinz Kettler
HEINZ KETTLER Metallwarenfabrik GmbH & Co.
Ense-Parsit

Hans-Peter Krämer
Vorsitzender des Vorstandes
Kreissparkasse Köln
Köln

Dr. Hermann Krämer
Seevetal

Michael Kranz
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Bonn
Bonn
– bis 10. 4. 2000

Henning Kreibohm
Oberkreisdirektor a. D.
Herford
– bis 23. 2. 2000

Dr. Helmut Linssen, MdL
1. Vizepräsident des Landtags Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Edgar Moron, MdL
Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion NRW
Düsseldorf
– ab 6. 6. 2000

Hans Pixa
Landrat Kreis Coesfeld
Coesfeld
– ab 23. 2. 2000

Dieter Pützhofen
Oberbürgermeister
Stadt Krefeld
Krefeld
– ab 10. 4. 2000

Friedrich Späth
Vorsitzender des Vorstandes
Ruhrgas AG
Essen

Dr. Berthold Tillmann
Oberbürgermeister
Stadt Münster
Münster
– ab 13. 1. 2000

Vertreter der
Belegschaft der Bank

Fred Eicke
Direktor
Düsseldorf

Rolf Finger
DAG Landesverband NRW
Düsseldorf
– ab 1. 4. 2000 bis 27. 11. 2000

Christian Gerigk
Bankkaufmann
Münster
– bis 27. 11. 2000

Hannelore Heger-Golletz
Bankangestellte
Münster
– ab 27. 11. 2000

Gerd-Uwe Löschmann
Prokurist
Düsseldorf

Doris Ludwig
Gewerkschaft HBV
Ortsverwaltung
Düsseldorf
– bis 31. 3. 2000

Manfred Matthewes
Bankkaufmann
Düsseldorf

Manfred Schimpf
Bankkaufmann
Münster

Hubertus Schreiber
Bankkaufmann
Münster

Christiane Stascheit
Gewerkschaft HBV
Bezirksverband Düsseldorf – Linker Niederrhein
Düsseldorf
– ab 27. 11. 2000

Franz-Georg Schröermeyer
Gewerkschaft HBV
Bezirksverwaltung
Münster
– ab 27. 11. 2000

Peter Wagemann
Münster
– bis 27. 11. 2000

Elisabeth Weber
Bankkauffrau
Düsseldorf

Ständige Vertreter der Vorsitzen-
den des Verwaltungsrates

Ernst Gerlach
Staatssekretär a. D.
Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
– bis 30. 6. 2000

Dr. Harald Noack
Staatssekretär
Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
– ab 15. 7. 2000

Dieter Krell
 Ministerialdirigent
 Leiter der Zentralabteilung
 Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr des Landes
 Nordrhein-Westfalen
 Düsseldorf

Udo Molsberger
 Erster Landesrat
 Landschaftsverband Rheinland
 Köln

Hans-Ulrich Predeick
 Erster Landesrat
 Landschaftsverband Westfalen-Lippe
 Münster

Heinz Biesenbach
 Verbandsgeschäftsführer
 Rheinischer Sparkassen- und Giroverband
 Düsseldorf

Dr. Andreas Döhrmann
 Verbandsgeschäftsführer,
 Westfälisch-Lippischer Sparkassen- und Giroverband
 Münster
 – bis 29. 2. 2000

Dr. Klaus Wienberg
 Verbandsgeschäftsführer
 Westfälisch-Lippischer Sparkassen- und Giroverband
 Münster
 – ab 1. 8. 2000

Vorstand

Dr. rer. nat. h.c. Friedel Neuber
 Vorsitzender

Hans Henning Offen
 Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Wolf-Albrecht Prautzsch
 Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Dieter Falke
 – bis 29. 2. 2000

Dr. Adolf Franke

Dr. Rudolf Holdijk

Dr. Johannes Ringel

Gerhard Roggemann

Jürgen Sengera

Ausschuss für Wohnungsbau-
förderung der Wohnungsbauför-
derungsanstalt Nordrhein-Westfalen

Dr. Michael Vesper
 Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes
 Nordrhein-Westfalen
 Düsseldorf
 Vorsitzender

Ingo Apel
 Verbandsdirektor
 Köln
 – ab 25. 3. 2000

Karl-Peter Brendel, MdL
 Marsberg
 – ab 29. 9. 2000

Brunhild Decking-Schwill, MdL
 Dortmund
 – bis 31. 5. 2000

Dr. Horst Eller
 Stadtdirektor a. D.
 Espelkamp
 – bis 24. 3. 2000

Ernst Gerlach
Staatssekretär a. D.
Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
– bis 30. 6. 2000

Karl Gruber
Landrat
Kreis Heinsberg
Heinsberg
– ab 15. 4. 2000

Dr. Peter Hölz
Oberstadtdirektor a. D.
Düsseldorf
– bis 24. 3. 2000

Klaus Korfsmeier
Bürgermeister
Gemeinde Hiddenhausen
Enger
– ab 25. 3. 2000

Henning Kreibohm
Oberkreisdirektor a. D.
Herford
– bis 24. 3. 2000

Alfons Löseke, MdL
Arnsberg
– bis 31. 5. 2000

Bernd Meyer
Senator a. D.
Verbandsdirektor
Verband der Wohnungswirtschaft Rheinland-Westfalen e.V.
Düsseldorf
– bis 30. 6. 2000

Dr. Harald Noack
Staatssekretär
Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
– ab 26. 9. 2000

Dieter Pützhofen
Oberbürgermeister
Stadt Krefeld
Krefeld
– ab 25. 3. 2000

Adolf Retz, MdL
Jülich
– bis 31. 5. 2000

Wolfgang Röken, MdL
Gladbeck
– ab 29. 9. 2000

Bernd Runkel
Rechtsanwalt
Rösrath
– bis 24. 3. 2000

Heinrich Sahnen, MdL
Neuss
– ab 29. 9. 2000

Winfried Schittges, MdL
Krefeld
– ab 29. 9. 2000

Burghard Schneider
Staatssekretär a. D.
Verbandsdirektor
Verband der Wohnungswirtschaft Rheinland-Westfalen e.V.
Düsseldorf
– ab 18. 10. 2000

Günter-Wolfram Schorn
Ministerialdirigent
Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Bernd Schulte, MdL
Lüdenscheid
– ab 29. 9. 2000

Heinz Soénius
Vorsitzender
Rheinischer Mieterverband e.V.
Köln

Hedwig Tarner, MdL
Warendorf
– bis 31. 5. 2000

Reinhard Thomalla
Ministerialdirigent
Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr des Landes
Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Gisela Walsken, MdL
Duisburg
– ab 29. 9. 2000

Ellen Werthmann, MdL
Gelsenkirchen
– bis 31. 5. 2000
– ab 29. 9. 2000

Friedhelm Wolf
Bürgermeister
Stadt Sundern
Sundern

Gerd-Peter Wolf, MdL
Essen
– bis 31. 5. 2000

Siegfried Zellnig, MdL
Rechtsanwalt
Neuss
– bis 31. 5. 2000

Geschäftsführung der Wohnungs-
bauförderungsanstalt

Rainer Hofmann
Erwin Pfänder
Eberhard Ullrich
– bis 31. 7. 2000

Aufsicht über die
Wohnungsbauförderungsanstalt

Die staatliche Aufsicht über die Wohnungsbauförderungsanstalt führt das für die Aufsicht über die Westdeutsche Landesbank Girozentrale zuständige Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen im Einvernehmen mit dem Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen.

Düsseldorf/Münster, den 13. 2. 2001

Westdeutsche Landesbank Girozentrale

Der Vorstand

Dr. h. c. Neuber	Offen	Dr. Prautzsch
Dr. Franke	Dr. Holdijk	Dr. Ringel
Roggemann	Sengera	

**Bestätigungsvermerk
des Abschlussprüfers**

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Wohnungsbauförderungsanstalt Nordrhein-Westfalen – Anstalt der Westdeutschen Landesbank Girozentrale – für das Geschäftsjahr vom 1. 1. bis 31. 12. 2000 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach § 21 Abs. 5 Wohnungsbauförderungsgesetz, den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstandes der Westdeutschen Landesbank Girozentrale. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung, eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Wohnungsbauförderungsanstalt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss der Wohnungsbauförderungsanstalt Nordrhein-Westfalen – Anstalt der Westdeutschen Landesbank Girozentrale – für das Geschäftsjahr 2000 unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Wohnungsbauförderungsanstalt. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Wohnungsbauförderungsanstalt und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 22. 2. 2001

Deutsche Baurevision Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Reker
Wirtschaftsprüfer

ppa. Schmiedel
Wirtschaftsprüfer

– MBl. NRW. 2001 S. 1296.

Einzelpreis dieser Nummer 7,95 DM
zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax (0211) 96 82/229, Tel. (0211) 96 82/238 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf

Bezugspreis halbjährlich 98,- DM (Kalenderhalbjahr), Jahresbezug 196,- DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.

Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 82, Tel. (0211) 96 82/241, 40237 Düsseldorf

Von Vorabinsendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf

Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-3569